



Die Verwendung von Propofol zur Sedierung auf der Kinder-Intensivstation der Klinik wurde gänzlich untersagt. Foto: EPA

# Narkosemittel über 32 Stunden verabreicht

Von Marco Witting

**Innsbruck** – Vor einer Woche starb ein dreijähriges Mädchen an der Innsbrucker Klinik. Die Frage nach dem Warum beschäftigt seither Familie, Freunde, Anwälte, Medien, Politik, das ganze Land. Gestern erhärtete sich der Verdacht, dass eine seltene Nebenwirkung (1:10.000) des Narkosemittels Propofol zum Tod der Dreijährigen geführt habe. Und die Klinik musste auch einräumen, dass das Mittel wohl zu lange verabreicht wurde.

Generell gilt Propofol als sehr gut steuerbar und ist daher besonders verträglich. Marcus Müllner, Sprecher der AGES (Bundesamt für Sicherheit im Gesundheitswesen), erklärte gestern gegenüber der *TT*: „Für Intensivdauertherapie ist Propofol explizit ausgeschlossen.“ Selten, aber doch würde es bei einer längeren Verabreichung, vor allem bei Kindern, zu Komplikationen kommen.

Beim Fall der Dreijährigen an der Klinik kam das Mittel zum Einsatz. Und das für über 32 Stunden. In der Nacht auf den Sonntag (16.10.) wurde dem Mädchen das Mittel erstmals verabreicht, um den Rachenraum zu kontrollieren.

Da eine Schwellung gefunden wurde, sollte einige Stunden später noch einmal nachgeschaut werden. Propofol wurde nicht abgesetzt, weil dies für die kleine Patientin verträglicher sei. Doch die weitere Untersuchung verzögerte sich. Bis Montagfrüh. Und das Narkosemittel soll weiter verabreicht worden sein. Warum, und warum eine Verzögerung? „Das müssten die weiteren Untersuchungen zeigen“, sagte Klinik-Sprecher Johannes Schwamberger.

Thomas Juen, Anwalt der Familie, bekam am Mittwochabend die Dokumentation des Falles. 2000 Seiten ist diese stark. „Bei der Untersuchung sollte man sich nicht nur auf Propofol konzentrieren, sondern den gesamten Zeitraum des Krankenhausaufenthalts überprüfen.“ Juen fordert von der Staatsanwaltschaft ein pharmakologisches sowie ein anästhesie- und intensivmedizinisches Gutachten, um den Fall aufzuklären. Die Klinik hat gestern Nachmittag die „Verwendung des Mittels zur Sedierung auf der Kinder-Intensivstation gänzlich untersagt“. Für einen Freund der Familie, der für den in der Türkei weilenden Vater spricht, ein Schritt, der zu spät kommt. „Das Mädchen ist tot.“

Von Peter Nindler und Anita Heubacher

**Innsbruck** – Der Tod des kleinen Mädchens an der Innsbrucker Klinik löste ein Erdbeben in der universitären Landschaft aus. Die Struktur der Universitäten rückt in den Mittelpunkt.

Bereits Ende September hatte Wissenschaftsminister Karlheinz Töchterle der Medizin-Uni in Innsbruck nahegelegt, sich mit der Stamm-Uni wiederzuvereinigen. Gestern erneuerte Töchterle sein Anliegen gegenüber der *TT*. Im Zuge der Arbeiten zum Hochschulplan betonte er, „dass er Fusionierungen von Universitäten grundsätzlich nicht im Wege stehen werde“. Sie müssten jedoch freiwillig und von den Unis selbst gewünscht sein.

Zurückhaltend äußert sich Gesundheitslandesrat Bernhard Tilg (VP). „Alle organisatorischen Fragen haben sich der Patientenversorgung unterzuordnen“, meint er. Ob eine Fusion der beiden Unis Sinn macht oder nicht, will Tilg nicht beurteilen. Medizin-Uni-Rektor Herbert Lochs hatte sich stets gegen eine Zusammenlegung der Unis ausgesprochen.

Der Druck auf ihn wird indes größer. Verwaltungsverschleppung und Reformstau dürfe es gerade im Gesundheitsbereich nicht geben, übte Landtagsvizepräsidentin und SP-Gesundheitssprecherin Gabi Schiessling scharfe Kritik an der Führung der Medizin-Uni. Sie verwies darauf, dass der Senat der Restrukturierung der Kinder- und Jugendheilkunde höchste Priorität zugesprochen habe. „Passiert ist jedoch bisher nichts.“ Dass beim klinischen

# Töchterle wünscht sich Fusion der beiden Unis

Während die Medizin-Uni Einigkeit demonstriert und rasche Strukturreform an der Kinderklinik verspricht, wächst der politische Druck.



Der Ruf nach der Wiedervereinigung der Stammuniversität mit der Medizin-Uni in Innsbruck wird wieder lauter. Foto: Böhm

Personal gespart, hingegen für Personalkosten bei der Verwaltung um fast neun Prozent mehr ausgegeben werde, bezeichnet sie als Wahnsinn.

Die Medizin-Uni versuchte nach den turbulenten Tagen gestern Einigkeit zu demonstrieren. Bei der Kinderklinik drücken die Verantwortlichen jetzt offenbar aufs Tempo. Denn in einer Erklärung hieß es, Unirat, Senat und das Rektorat arbeiten gemeinsam an der neuen Struktur für die Kinderklinik. In den nächsten Wochen soll es eine von Kon-

sens getragene Lösung geben. Auch der Senat habe großes Interesse an einem raschen Beschluss für die neue Struktur der Kinderklinik.

Rektor Herbert Lochs ist zuversichtlich, „dass alle Genehmigungen der verschiedenen Gremien bald vorliegen, damit die Umstrukturierung gut gelingt“. Die Grundstruktur mit der Reduktion von fünf auf drei Kliniken liege bereits vor, die Details im Entwicklungsplan würden derzeit intensiv beraten werden. Von der Reform erwartet er gerin-

gere Strukturkosten und klare Zuständigkeiten für die Patienten und Eltern. Uniratsvorsitzende Gabriele Fischer zeigt sich ebenfalls optimistisch: „Ich gehe davon aus, dass wir dem Entwicklungsplan in Kürze zustimmen können.“

Zurückgewiesen hat die Medizin-Uni die Auflistung der Mehrkosten für die Verwaltung im Jahr 2011. Die Mehrkosten von 704.000 Euro würden nicht den realen Zahlen entsprechen. Der tatsächliche Mehraufwand liege daran, dass hier Kosten vom Sachaufwand miteinbezogen worden seien. Dazu zählt die Uni Kosten für die Kinderbetreuung, die Aktion Wiedereinstieg für Mütter oder die Entwicklung in der Lehre.

LA Fritz Dinkhauser (Liste Fritz) gibt sich mit dieser Erklärung nicht zufrieden: „Alle Zahlen gehören auf den Tisch. Es kann nicht sein, dass die Verantwortlichen die Verwaltung immer stärker aufblasen und dann beim medizinisch tätigen Personal sparen.“ Eine Klinik hat nicht dem Verwalten, sondern dem Verarzten der Menschen zu dienen. „Mit der Trennung der Medizin-Uni von der Haupt-Uni hat die Politik eine doppelte und teure Struktur geschaffen, die offenbar nur schwerfällig Entscheidungen trifft.“

In dieselbe Kerbe schlagen die Grünen: „Die Verwaltung frisst immer mehr Geld auf Kosten des medizinischen Personals, wichtige Strukturreformen – etwa an der Kinderklinik – unterbleiben, worunter die Qualität der medizinischen Versorgung leidet“, betont der grüne Willi. Die Trennung müsse rückgängig gemacht werden, betont er.